



# UMWELT

von Prof. Dr. HERMANN KNOFLACHER

## Wir haben das Bummerl

Von unseren Ministern müssten wir erwarten, dass sie Interessen gegen die Begehrlichkeiten der internationalen Konzerne an den Steuern, die die Menschen im Lande erarbeiten, schützen und verteidigen. Das war vielleicht einmal so, bevor sich die Konzerne die Staaten Europas über die EU praktisch angeeignet haben. Unterstützt von der Weltbank und dem internationalen Währungsfonds wurde die Macht der Demokratie „relativiert“.

Die Strompreiserhöhung mit der Begründung der steigenden Gaspreise ist ein Beispiel, das zeigt, welche Interessen in der EU vertreten werden. Vorausgeschickt sei die Tatsache, dass jeder Cent an Steuergeld nicht von der Regierung kommt und damit jeder Betrag, den ein Minister ausgibt, Steuer oder Schuldengeld ist, das den Bürgern angelastet wird.

Trotz überwiegend erneuerbarer Energieerzeugung werden die Gaspreise in höhere Strompreise direkt umgelegt. Für Stromproduzenten, die mit erneuerbaren Energieträgern arbeiten, sind die Stromerzeugungskosten noch niedrig, während sie ihren günstig produzierten Strom teuer verkaufen können. Bei Auktionen von elektrischer Energie gilt das „Merit-Order-Prinzip“. Das bedeutet, dass Strom prinzipiell immer von den günstigsten Kraftwerken geliefert wird.

Der Preis für alle Stromlieferungen einer Auktion wird dabei aber vom teuersten liefernden Kraftwerk bestimmt. Eine feine Sache, die zu großen Gewinnen für diese Konzerne führt.

Das haben sich die Energiekonzerne mit pfiffigen Beratern und der Politik unter dem Vorwand, so erneuerbare Energieerzeugung zu fördern, vor 20 Jahren ausgedacht. In unserem Land mit nur 15 Prozent Stromerzeugung aus Gaskraftwerken ergeben sich so Riesengewinne für Stromkonzerne. Es wäre naheliegend, dafür eine Steuer einzuführen, um die erhöhten Stromkosten teilweise zu kompensieren.

Stattdessen verteilt der Finanzminister Steuergeld, das er nicht hat, um die Stromkosten mit Förderungen „abzufedern“. Die Bürger werden mehrfach belastet. Durch die hohen Stromkosten für ungerechtfertigte Gewinne der Stromerzeuger und zusätzlich durch die neuen Schulden, die gemacht werden, um die Förderungen der Stromkosten zu finanzieren.